Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 815**

18. Wahlperiode Eingang: 29.10.2026

Kleine Anfrage

des Abg. Chris Hegel AfD

Unterwanderung von Polizei und Justiz – Datenweitergabe an kriminelle Netzwerke und Migrationsbezüge

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Fälle einer mutmaßlichen unbefugten Weitergabe oder Zugänglichmachung vertraulicher dienstlicher Informationen durch Bedienstete der Polizei oder der Justiz Baden-Württembergs sind der Landesregierung seit dem 1. Januar 2020 bekannt geworden (bitte sämtliche bekannt gewordenen Fälle unabhängig vom Verfahrensausgang einzeln unter Angabe des Jahres des Bekanntwerdens, der betroffenen Behörde, der Art des Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses sowie der konkreten dienstlichen Tätigkeit der betroffenen Bediensteten darstellen und jedem Fall sowie jedem beteiligten Bediensteten und mutmaßlichen Informationsempfänger eine eindeutige anonymisierte Kennziffer zuweisen, die bei der Beantwortung der nachfolgenden Fragen durchgehend beibehalten wird)?

2. Welche Staatsangehörigkeiten besaßen die in Frage 1 erfassten Bediensteten und die jeweiligen mutmaßlichen unmittelbaren und mittelbaren Informationsempfänger zum Zeitpunkt des vorgeworfenen Geschehens (bitte unter Angabe sämtlicher bekannter Doppel- oder Mehrfachstaatsangehörigkeiten und Zuordnung zu den jeweiligen Fall- und Personenkennziffern aufschlüsseln)?

3. Welche Erkenntnisse liegen zum Migrationshintergrund der in Frage 2 erfassten Personen vor (bitte unter Zuordnung zu den jeweiligen Fall- und Personenkennziffern insbesondere Angaben zu Geburtsstaat, eigener Zuwanderung, früheren Staatsangehörigkeiten, einer erfolgten Einbürgerung sowie einer dokumentierten Zuwanderung oder ausländischen Staatsangehörigkeit der Eltern aus den vorhandenen Ermittlungs-, Personal- oder sonstigen Verwaltungsvorgängen aufführen und fehlende Erkenntnisse ausdrücklich kenntlich machen)?

4. Welche Erkenntnisse liegen zu den Verbindungen zwischen den in Frage 1 erfassten Bediensteten und den jeweiligen mutmaßlichen Informationsempfängern vor (bitte für jeden Fall detailliert die Art der Verbindung detailliert darstellen)?

5. Welche vertraulichen dienstlichen Informationen wurden in den unter Frage 1 erfassten Fällen nach dem jeweiligen Erkenntnisstand unbefugt weitergegeben oder zugänglich gemacht (bitte für jeden Einzelfall unter Angabe der betroffenen Informationsarten und der gegebenenfalls zur Beschaffung genutzten behördlichen Informationssysteme aufschlüsseln)?

6. Welchen Verfahrensstand weisen die strafrechtlichen Verfahren zu den unter Frage 1 erfassten Fällen auf (bitte unter Zuordnung zu den jeweiligen Fall- und Personenkennziffern die untersuchten Straftatbestände sowie gegebenenfalls erfolgte Verfahrenseinstellungen einschließlich ihrer Gründe, Anklageerhebungen und gerichtliche Entscheidungen einschließlich der verhängten Strafen und ihrer Rechtskraft darstellen)?

7. Welche disziplinarrechtlichen, beamtenrechtlichen oder arbeitsrechtlichen Maßnahmen wurden gegen die in Frage 1 erfassten Bediensteten ergriffen (bitte unter Zuordnung zu den jeweiligen Fall- und Personenkennziffern nach Art der Maßnahme sowie Stand beziehungsweise Ergebnis des jeweiligen Verfahrens aufschlüsseln)?

8. Welche zusätzlichen Maßnahmen plant die Landesregierung zur Verhinderung einer unbefugten Informationsweitergabe und einer möglichen Unterwanderung von Polizei und Justiz (bitte detailliert angeben)?

26.10.2026

Hegel AfD

Begründung

Der Artikel der Schwäbischen Zeitung („Während Hunderte Polizisten rivalisierende Gruppen bekämpfen, werden einzelne zu Verrätern“ vom 19.10.2026) wirft Fragen zu den Verbindungen zwischen staatlichen Bediensteten und kriminellen Gruppierungen auf.

Die Kleine Anfrage soll insbesondere die Migrationshintergründe und Staatsangehörigkeiten der Beteiligten sowie ihre familiären und persönlichen Beziehungen offenlegen. Dafür sollen sämtliche seit 2020 bekannt gewordenen Fälle in Baden-Württemberg erfasst werden. Ziel ist es, konkrete Verbindungen nachvollziehbar zu machen und die geplanten Maßnahmen der Landesregierung gegen Informationsweitergabe und Unterwanderung zu überprüfen.